

Unabhängige GewerkschafterInnen lehnen "Beamtenparpaket" ab. UGöd fordert Gehaltsverhandlungen für 2013 und 14 + Arbeitsplätze

UGöd für vermögensbezogene Steuern zur Finanzierung des öffentlichen Dienstes, von Sozialen Diensten und Bildungsreformen

Wien (OTS) - Auch das "Beamtenparpaket" ist im Parlament angekommen. Es ist kein Beamtenparpaket, denn es trifft alle ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst, darunter immer weniger Beamte, sondern immer mehr Vertragsbedienstete, ASVG-Angestellte der ausgegliederten Betriebe mit und ohne Kollektivvertrag und die immer größer werdende Gruppe der prekär Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Anders als in der Privatwirtschaft soll es für sie 2013 und 2014 keine Gehaltsverhandlungen geben, denn GÖD-Vorsitzender Neugebauer und seine StellvertreterInnen haben für 2013 einer Nulllohnrunde und für 2014 einer "moderaten" 1%-Gehaltserhöhung zugestimmt. Nicht einmal für die KollegInnen der Niedriglohngruppen und mit befristeter, schlecht bezahlter Anstellung soll es eine Abgeltung der Inflation geben.

Zu dem auch volkswirtschaftlich unsinnigen Kürzen der Konjunkturstütze Kaufkraft kommen weitreichende Personalkürzungen in allen Bereichen, auch im Bildungsbereich und bei der Exekutive, wo "nur" Verwaltungspersonal weggespart werden soll. Die Regierung verspricht Jahr für Jahr die Sicherung der Qualität öffentlicher Dienste und eine Bildungs- und Forschungsoffensive, verweigert aber die dafür notwendigen Budgetmittel.

Zwtl: UGöd-Kritik an GÖD-Spitze und ÖVP-Steuerpolitik

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen sehen in der Tatsache, dass bei den öffentlich Bediensteten und Ausgegliederten "nur" 1,8 statt der ursprünglich vorgesehenen 2,7 Milliarden weggespart werden sollen, keinen Erfolg der GÖD und ihres Vorsitzenden Neugebauer. Diese Reduzierung ist wohl mehr das Ergebnis einnahmeseitiger Maßnahmen, wie sie u.a. von ÖGB und AK gefordert wurden: ÖGB und AK haben - im Gegensatz zur "schwarzen" GÖD - zumindest Druck darauf gemacht, dass die Regierung das Budget nicht allein ausgabenseitig konsolidiert, d.h. auf Kosten des Sozialsystems und auf dem Rücken der öffentlich Bediensteten, sondern auch einnahmenseitig. Wenn auch unzureichend, wurden zumindest einige wenige vermögensabhängige Steuern und eine befristete Solidarabgabe von SpitzenverdienerInnen durchgesetzt. Die "schwarze" GÖD hat dagegen erst einmal auf die Vorlage des Sparpakets gewartet, statt im Vorfeld zu agieren und sich sogar immer wieder gegen die vermögensbezogenen Steuerforderungen von ÖGB und AK ausgesprochen. Das entspricht der ÖVP-Position, aber nicht den Interessen der öffentlich Bediensteten, denn Steuereinnahmen sind die Basis der Finanzierung des öffentlichen Dienstes.

Das bisherige Ergebnis der auf Abwarten ausgerichteten Haltung der fcg.GÖD sind Einkommensverluste und mehr Aufgaben für weniger öffentlich Bedienstete, von denen die Regierung erwartet, dass sie mit weniger Dienstposten und trotz Einkommensverlusten die Qualität öffentlicher Leistungen auch weiterhin sichern und laufend verbessern.

Zwtl.: UGöd fordert Gehaltsverhandlungen 2013 und 2014 auch für den öffentlichen Dienst

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen sehen in dem von Kanzler Faymann und seinem Vizekanzler Spindelegger vorgelegten Sparpaket eine vorläufige Absichtserklärung. Noch sind die geplanten Gesetze nicht beschlossen.

- Die UGöd fordert auch 2013 und 2014 Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst und die ausgegliederten Betriebe und die volle Abgeltung der Teuerung insbesondere für die KollegInnen der Niedriglohngruppen, unter ihnen viele Frauen und junge, prekär Beschäftigte, die trotz bestehenden Bedarfs derzeit ohne Chance auf Weiterbeschäftigung und dauerhafte Anstellung sind.

- Die UGöd fordert die Rücknahme des geplanten Aufnahmestopps.

- Die UGöd fordert die GÖD auf, endlich gemeinsam mit AK und ÖGB Druck für Vermögenssteuern, inklusive einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer zu machen - zur "verursachungsgerechten" Budgetkonsolidierung, zur Finanzierung öffentlicher und sozialer Dienste, sowie für Bildungsreformen.

Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner, Vorsitzende der UGöd.

Rückfragehinweis: Beate Neunteufel-Zechner: 0681/209 03 059, Reinhart Sellner: 0676/34 37 521, office@ugoed.org, www.ugoed.at